

Beschluss (vorläufig)

15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 15 Europa – Frieden – Eine Welt – Globale Verantwortung

Text

1 Staatsgrenzen sind von Menschen gemacht. In Europa genießen wir es, sie kaum zu
2 spüren, wenn wir reisen, arbeiten, studieren und miteinander in Austausch
3 treten. Aber auch viele drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie die
4 Klimakrise, die Aufnahme geflüchteter Menschen oder Umgang mit Gesundheitskrisen
5 machen an den Grenzen nicht Halt. Lösen lassen sie sich nur über alle Grenzen
6 hinweg und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn. Wir GRÜNE wollen unserer
7 **globalen Verantwortung** gerecht werden und verstehen die Europäische Union als
8 das starke Fundament, auf dem wir eine multilaterale Zusammenarbeit aufbauen und
9 stärken wollen.

10 Mit dem **Green Deal** hat die EU den Rahmen geschaffen, um nicht nur in Rheinland-
11 Pfalz klimaneutral werden zu können, sondern in der gesamten EU. Wir können also
12 innovative Verfahren wie die Herstellung von Grünem Wasserstoff voranbringen und
13 gemeinsam mit unseren Nachbarn weiterentwickeln. Über die EU hinaus verstehen
14 wir uns als **Eine Welt**, die wir mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen bewahren
15 wollen. Wir können uns auch gemeinsam für **gerechte, soziale und ökologische**
16 **Regeln in der ganzen Welt** einsetzen. Wenn das Land Rheinland-Pfalz Geld ausgibt,
17 setzen wir auf klare Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wie
18 beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale und ökologische
19 Standards.

20 Als Partei, deren Wurzeln in der Friedensbewegung liegen, kämpfen wir für ein
21 **atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz** und wenden uns gegen jede Art von Militarismus.
22 Wir sehen **Konversion als Chance**, die wir nutzen wollen, um strukturschwache
23 Regionen zu stärken. Beispielsweise können militärische Liegenschaften
24 bezahlbarem Wohnen zugutekommen oder für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
25 genutzt werden.

26 **Europäischer Zusammenhalt als Zukunftsperspektive**

27 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Wie stark wir mit unseren
28 Nachbarländern verflochten sind, wurde während des Corona-Lockdowns deutlich.
29 Rund 45.000 Menschen pendeln täglich zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich,
30 Luxemburg und Belgien. Unsere Unternehmen haben 2018 Waren im Wert von 38,6
31 Milliarden Euro in die 27 EU-Staaten exportiert. In unsere Nachbarländer betrug
32 der Export 8,8 Milliarden Euro. Die Frage der Zukunft der Europäischen Union ist
33 eng mit der Zukunft von Rheinland-Pfalz verbunden.

34 Wir brauchen eine gestärkte Europäische Union für ein solidarisches Miteinander.
35 Wir wollen die EU gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen perspektivisch zur
36 **Föderalen Europäischen Republik** weiterentwickeln. Damit wollen wir dem stärker

37 werdenden Trend des Nationalismus und der Abschottung entgegenzutreten. Wir GRÜNE
38 sind für ein **offenes, demokratisches und rechtsstaatliches Europa**. Die EU soll
39 einen Rahmen schaffen, in dem das Allgemeinwohl im Fokus steht. Dabei soll das
40 Prinzip der Subsidiarität gelten. Aufgaben und Zuständigkeiten sollen auf der
41 jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden.
42 Dafür wird sich Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene einsetzen. Umgekehrt
43 werden wir uns auf Bundesebene für die stringente Einhaltung von Europarecht
44 einsetzen. Es ist unerträglich, dass immer noch 144 Vertragsverletzungsverfahren
45 anhängig sind, davon fast 40 im Bereich Umwelt und Gesundheit.

46 **Rheinland-Pfalz im Herzen Europas**

47 Es gibt eine immer stärkere Zusammenarbeit in den verschiedenen Regionen
48 Europas. Das betrifft insbesondere grenzüberschreitende Regionen und strukturell
49 ähnliche Regionen wie zum Beispiel Metropolregionen oder ländliche Räume. Dabei
50 muss keine Region ihre kulturelle Identität verlieren.

51 Europa ist Querschnittsaufgabe in allen landespolitischen Themenfeldern. Dies
52 macht die **Europastrategie des Landes Rheinland-Pfalz** deutlich. Wir werden sie
53 weiterentwickeln mit den grünen Schwerpunkten Klimaschutz, europäischer Green
54 Deal, ökologische Landwirtschaft, **soziales Europa**, Migration, Bürgerrechte und
55 Parität.

56 Die EU wurde als **Friedensprojekt** gegründet und hat uns seit 75 Jahren innerhalb
57 ihrer Grenzen auch Frieden garantiert. Diese Aufgabe wollen wir stärken. Der
58 europäische Binnenmarkt ist mit seinen vier Grundfreiheiten eine große
59 Errungenschaft, die durch die Folgen des Brexit nicht geschwächt werden darf.

60 Wir wollen Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzräumen (Großregion, Oberrhein)
61 positiv vernetzen und dabei die Themen Arbeit, Tourismus, nachhaltige
62 Entwicklung, Verkehr, Wissenschaft/Forschung, Landesplanung, Umwelt,
63 Energiewende, Gesundheit und Berufliche Bildung gemeinsam bearbeiten.
64 Insbesondere die Vernetzung im öffentlichen Verkehr gilt es zu stärken. Die
65 bestehenden Programme in Grenzregionen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich
66 wollen wir verlängern und neue Partnerschaften aufbauen. Zudem wollen wir das
67 Vierernetzwerk zwischen Rheinland-Pfalz und den Regionen Burgund (Frankreich),
68 Oppeln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechien) weiter ausbauen und fördern.

69 Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit**, mit Notärzt*innen
70 und in der Krankenversorgung, wollen wir ausbauen und abgestimmte Katastrophen-
71 und Epidemiepläne aufstellen. Grenzschießungen halten wir für unsolidarisch und
72 uneuropäisch. Daher lehnen wir sie zur Bekämpfung etwa von Pandemien ab.
73 Sinnvoll ist hier eine enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der
74 Grenzregionen. Auch die Zusammenarbeit und Übungen sowie Unterstützungs- und
75 Trainings-Einsätze – von rheinland-pfälzischen Einsatzkräften aus Polizei,
76 Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz bei Notlagen – werden wir mit
77 anderen europäischen Staaten intensivieren. Einen stärkeren Austausch wollen wir
78 auch durch Hospitationen von Mitarbeiter*innen äquivalenter Landes- und
79 Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern. Der Wert, den wir der
80 europäischen Gemeinschaft beimessen, muss sich auch in der **Investition in**
81 **europäische Bildung** zeigen. Deshalb möchten wir **Partnerschaften und**
82 **Austauschprogramme** zwischen Schulen und Hochschulen sowie bi- und multinationale
83 Kitas, Schulen und Hochschulend fördern.

84 Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine **starke**
85 **Strukturpolitik** der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Für die
86 Entwicklung der strukturschwachen Landesteile in Rheinland-Pfalz sind die Mittel
87 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen
88 Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
89 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von großer Relevanz. Diese wollen wir im
90 Sinne des europäischen Green Deal **sozial und ökologisch** ausrichten.

91 **Unsere Eine Welt**

92 Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 sind der globale
93 Orientierungsrahmen und Handlungsmaßstab für eine gemeinwohlorientierte
94 Entwicklung und gelten universal für alle gleichermaßen. Auch Rheinland-Pfalz
95 verpflichtet sich dazu, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

96 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die
97 **Gesundheit** und das **Wohlergehen** der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
98 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor **Krieg, Hunger**
99 **oder Klimaveränderung** zu uns nach Rheinland-Pfalz flüchten.

100 Solidarität über Grenzen hinweg ist im Angesicht von globalen Krisen besonders
101 wichtig. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass Rheinland-Pfalz diese
102 Solidarität gezeigt hat, als es in unseren Nachbarstaaten besonders dramatisch
103 wurde. Wir haben darauf hingewirkt, dass Hilfe geleistet wurde an Schwerkranke
104 Corona-Patienten aus Italien und Frankreich und diese in rheinland-pfälzischen
105 Kliniken aufgenommen und versorgt wurden. Diesen Geist an praktischer
106 Solidarität möchten wir weiter fördern, nur so können wir gemeinsam
107 Herausforderungen überwinden.

108 **Auftragsvergabe sozial und ökologisch**

109 Um dem Anspruch „**global denken – lokal handeln**“ gerecht zu werden, muss die
110 **öffentliche Beschaffung** von Land und Kommunen auf soziale, ökologische Kriterien
111 umstellen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme
112 Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für
113 eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in
114 Rheinland-Pfalz verpflichtet, **ökologische und soziale Kriterien und die**
115 **Menschenrechte zu berücksichtigen**. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die
116 öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und
117 Menschenrechte eingehalten werden. **Tariftreue, gute Arbeit, ökologische**
118 Standards und soziale Standards müssen bei allen öffentlichen Ausschreibungen
119 und Beschaffungen obligatorisch sein. Um dies zu gewährleisten, wollen wir das
120 Landestariftreuegesetz und die Vergabeordnung reformieren und die
121 Mitarbeiter*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen
122 angemessen **fachlich schulen**. In der Landesverwaltung wollen wir eine
123 **Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung** für Beratung und Überwachung
124 einsetzen.

125 **Partnerschaften nachhaltig und sozial gestalten**

126 Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen
127 wir uns von **friedenspolitischen und Eine Welt-Prinzipien** leiten. Wir möchten
128 unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr
129 nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern. Mittelständische,
130 ökologische oder soziale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen

131 beziehen wir mit ein, genauso wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
132 (ELAN e.V.).

133 Technologie, Forschung- und Wissenskapazitäten sollen in internationalen
134 partnerschaftlichen Kooperationen genutzt werden. Die Dienstleistungszentren
135 Ländlicher Raum können für entwicklungspolitische Beratung eingesetzt werden.

136 Mit Sorge beobachten wir die institutionell zunehmende LSBT*IQ-Feindlichkeit in
137 Polen und Ruanda.

138 **Fonds für politisch Verfolgte**

139 Durch die Gründung eines rheinland-pfälzischen Fonds für politisch Verfolgte
140 wollen wir in Rheinland-Pfalz einen konkreten Beitrag leisten, um
141 **Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen**. Wir wollen ihnen einen temporären
142 sicheren Hafen in Deutschland ermöglichen und sie bei der Vernetzungsarbeit
143 unterstützen. Es muss ein internationales Netzwerk geben, das sie schützt, wenn
144 sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen
145 uns, dass die*der Ministerpräsident*in des Landes Rheinland-Pfalz die
146 Schirmherrschaft über diesen Fonds übernimmt.

147 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

148 Seit fast 40 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit
149 Ruanda. Die Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen **Partnerland Ruanda** ist
150 für uns ein zentraler Bestandteil unserer Außenbeziehungen. Wir wollen diese
151 Partnerschaft mit ihren zahlreichen Initiativen weiter ausbauen und stärken. Es
152 sollen mehr junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu
153 **engagieren**.

154 Die Partnerschaft findet auf Augenhöhe statt. Wichtige Schwerpunkte sind die
155 Themen Klimaschutz, Agrarökologie, Wirtschaftsaustausch, Erneuerbare Energien,
156 Nationalparkpartnerschaft, touristische Ausrichtung, Bildung und Projekte im
157 Bereich Barrierefreiheit/Inklusion.

158 Wir GRÜNE haben immer den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der
159 einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei
160 **Ruandas**, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich **Demokratie und**
161 **Rechtsstaatlichkeit in Ruanda** weiterentwickeln. Wir werden uns weiter für die
162 Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen
163 **Menschenrechtsdialog** mit der ruandischen Regierung einsetzen.

164 **Frieden erhalten – Konversion als Chance**

165 **Seit 75 Jahren leben wir in Rheinland-Pfalz in Frieden**. Im Kalten Krieg wurde
166 das Land stark militärisch geprägt und bekannt als „Flugzeugträger der NATO“.
167 Noch heute sind zahlreiche Militärstützpunkte der USA, der Bundeswehr und der
168 NATO in rheinland-pfälzischen Kommunen angesiedelt. Dies ist neben einigen
169 Vorteilen auch mit vielen Belastungen verbunden. Wir GRÜNE stehen für **Abrüstung,**
170 **Rüstungskontrolle und eine aktive Friedenspolitik**. Wir wollen, dass von
171 rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern **Frieden** ausgeht.

172 Deshalb haben wir die **Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz** unterstützt.
173 Wir setzen uns für breite Angebote und Kooperationen mit unseren europäischen
174 Nachbarn ein. Inzwischen ist sie anerkannt als Denkfabrik,
175 Schnittstelleninstitution und Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir
176 wollen sie durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel stärken und ihre eigene

177 **Fortbildungsstätte** fördern. Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein,
178 die alle friedenspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und
179 Deutschland sammelt und vernetzt.

180 Für uns GRÜNE ist nach wie vor die aktive Friedenspolitik maßgeblicher Antrieb
181 unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns. Wir haben uns immer für
182 Abrüstung und Frieden eingesetzt – und das wird auch so bleiben. Gerade deshalb
183 können wir **Konversion als Chance** begreifen, für bezahlbares Wohnen, die
184 Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung von
185 Erneuerbaren Energien und damit Alternativen zu militärischen Nutzungen zu
186 entwickeln.

187 Eine kritische Haltung zur Präsenz von US-Truppen hat uns GRÜNE in Rheinland-
188 Pfalz geprägt. Die nun angekündigte Verlagerung militärischer Einheiten
189 innerhalb Europas und der Abzug von Truppenteilen sind jedoch kein Beitrag zu
190 einer verantwortungsvollen Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit der
191 angekündigten Verlegung von Soldaten nach Polen stellen die USA die NATO-
192 Russland-Grundakte in Frage, die substanzielle und dauerhafte Stationierungen
193 ausschließt. Europa wird weder friedlicher noch sicherer, wenn US-Truppen
194 dauerhaft östlich von Deutschland stationiert werden oder wenn eine
195 Kampfjetstaffel an einen neuen Standort in Italien verlegt würde.

196 Eine mit vielen Ungewissheiten verbundene Umsetzung der angekündigten
197 Verlagerung von US-Truppen würde für Rheinland-Pfalz wirtschafts- und
198 arbeitsmarktpolitische Herausforderungen mit sich bringen. Zur Bewältigung
199 braucht es die Beteiligung aller betroffenen Akteur*innen und kluge Konzepte für
200 die Umnutzung möglicherweise freiwerdender Militärareale.

201 Gerade in spannungsgeladenen Zeiten sind internationaler Austausch und
202 kulturelle Verständigung unter demokratischen Kräften essenziell. Die
203 transatlantische Freundschaft und den einhergehenden Dialog wollen wir weiter
204 pflegen und Bildungsangebote dazu ausbauen.

205 Immer wieder gibt es offenkundige Hinweise, wonach die USA mit Hilfe der Airbase
206 Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze im Jemen und in anderen Regionen vornehmen,
207 die gegen das Völkerrecht und deutsches Recht verstoßen. Wir fordern, dass die
208 Bundesregierung diesen Hinweisen nachgeht und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das
209 deutsche und internationale Recht durchsetzt. Die Landesregierung und
210 Mittelbehörden müssen bei anstehenden Genehmigungsverfahren der Frage nach der
211 **Rechtskonformität** Gewicht zumessen.

212 Die Nutzung der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace), Übungsflugraum über
213 dem Saarland und großen Teilen von Rheinland-Pfalz - insbesondere Teile der
214 Eifel, Hunsrück, Rheinhessen und Pfalz ist im Vergleich zu den anderen
215 Übungsräumen in Deutschland weit überdurchschnittlich. Durch den militärischen
216 Flugbetrieb sind viele Menschen in Rheinland-Pfalz über die Gebühr von
217 **militärischem** Fluglärm belastet. Wir fordern, dass der Übungsflugbetrieb durch
218 eine strikte Begrenzung der Betriebszeiten und Nutzungsstunden im Sinne der dort
219 lebenden Bevölkerung reguliert und limitiert wird, wobei zusätzlich eine
220 Gleichverteilung der akkumulierten Flugstunden aller einzelnen Kampfjets auf
221 alle Übungslufträume in ganz Deutschland anzustreben ist.

222 **Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz**

223 Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel völkerrechtswidrig US-
224 amerikanische Atomwaffen, die nicht nur für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige

225 Gefahr darstellen. Wir fordern den unverzüglichen **Abzug und die Vernichtung**
226 **dieser Atomwaffen**. Wir setzen uns für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen ein
227 und rufen die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu
228 unterzeichnen. Als ersten Schritt kämpfen wir für die Vernichtung aller
229 taktischen Nuklearwaffen in Europa und wollen in diesem Rahmen die Nukleare
230 Teilhabe beenden.

231 **Friedensbildung**

232 Schule darf kein Ort für militärische Rekrutierung oder einseitigen
233 Beeinflussung sein. Wir wollen sicherstellen, dass Friedens- und
234 sicherheitspolitische Themen im Unterricht ausgewogen und nicht ausschließlich
235 mit Angehörigen der Bundeswehr, sondern immer auch mit **Akteuren der**
236 **Friedensbildung** behandelt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem
237 Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher kündigen. Im Rahmen der
238 Lehramtsstudiengänge soll die Friedensakademie Angebote an zukünftige
239 Lehrer*innen machen, wie Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik im
240 Unterricht ausgewogen behandelt werden können. Die Schulen können mit anderen
241 Akteuren kooperieren, die explizit **zivile und gewaltfreie Ansätze** vertreten, wir
242 möchten diese unterstützen. Wir wollen die **Menschenrechtsbildung und die**
243 **kolonialismuskritische Bildung fördern** und dazu Modellprojekte für die
244 Konzeption und die pädagogische Arbeit in Schule vergeben.